

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 148

Donnerstag, den 27. Juni 1929

102. Jahrgang

Das Agrarprogramm im Reichstag

Um den Zollschutz für die Landwirtschaft

Ein Teil des Reichshaushalts verabschiedet.

Berlin, 27. Juni. Der Reichstag begann gestern mit der Beratung des landwirtschaftlichen Hilfsprogramms, wie es frisch aus dem handelspolitischen Ausschuss hervorgegangen ist. Kein Zweifel, daß die verschiedenen Vorschläge, die sich auf die Getreidezölle, die Aufhebung der Verordnung über die Einfuhrerleichterungen, die Erhöhung des Zolles auf Kartoffeln, Butter und Molkereiprodukte und die Neuordnung des Zuckerpreises beziehen, deutliche Merkmale eines mühsam erzielten Kompromisses tragen. Dennoch verdient alle Anerkennung, daß es dem rastlosen Eifer und der von keiner Widerwärtigkeit zurückweichenden Energie des Reichsernährungsministers Dietrich gelungen ist, noch kurz vor der Sommerpause diese Hilfsmaßnahmen durchzusetzen. Von den Vertretern der Deutschnationalen und der Kleinen Bauernparteien ward ihm dafür kein Dank zuteil. Man verübelte es ihm besonders, daß er die Beseitigung des Gefrierfleischkontingents, das noch in Höhe von 50 000 Tonnen besteht, nicht zugeben will. Die Regierungsparteien, die am Dienstag im Ausschuss einem gegen die Einfuhr gerichteten Antrag zugestimmt hatten, revidierten ihre Haltung und schlossen sich der Auffassung des Ministers an. Mitgesprochen hat auch die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes, das von solcher Entscheidung wohl eine Beeinträchtigung unserer Beziehungen zu Argentinien, dem klassischen Land des Gefrierfleisches, befürchtet haben mag. Für die Agrargruppe im Reichstage bedeutet dieser Beschluß, den sie als ein Zurückweichen vor der Sozialdemokratie ansieht, eine Enttäuschung. Diese kam in den scharfen Reden der Abg. Herz und Hepp deutlich zum Ausdruck. Daß es keine leichte Aufgabe ist, in einem Kabinett, in dem die Sozialdemokratie dominiert, praktische Agrarpolitik zu treiben, bewies die ganz auf Agitatorische abgestellte Rede des Abg. Dr. Herz. Er wertete gegen die Schutzpolitik und kränkte die Bauernfront durch die leichtfertig hingeworfene Bemerkung, daß alle Nöte der Landwirtschaft eigentlich nur aus ihrer Rückständigkeit resultierten. Ein Proteststurm, den Präsident Ebbe nur mühsam dämpfen konnte, war die Folge.

Das Kompromiß selbst wurde in seinem ersten Teil in der Ausschussfassung vom Hause gebilligt. Der zweite Teil, über den man sich im Ausschuss inzwischen auch einig geworden ist, soll heute verabschiedet werden. Jetzt endlich war die Bahn frei für die dritte Lesung des Etats, die dann auch unverzüglich in Angriff genommen wurde. Es ging sozusagen Schlag auf Schlag. Außen- und Innenetat, der Haushalt des Arbeits-, Wirtschafts- und des Ministeriums der besetzten Gebiete, des Reichspräsidenten und des Kanzlers wurden angenommen, ohne daß es noch zu größeren Debatten gekommen wäre. Man überließ der Opposition das Feld, die sich indessen auch mit gelegentlichen kleinen Vorstößen begnügte.

Weitere Ausschlußbeschlüsse zur Agrarhilfe

Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages beriet gestern die zu den Getreidefragen vorliegenden Anträge. Von sämtlichen Regierungsparteien liegt ein Antrag vor, wonach die Mühlen, die ausländischen Weizen vermahlen, verpflichtet werden sollen, vom 1. August bis 30. November 1929 mindestens 40 v. H. und dann bis zum 31. Juli 1930 mindestens 30 v. H. Inlandsweizen zu vermahlen. Für Mühlen, die eine Leistungsfähigkeit von mehr als 20 000 Kilogramm Weizen innerhalb 24 Stunden aufweisen, soll

der Minister den Prozentsatz erhöhen können. Er soll weiter die Ermächtigung erhalten, an Stelle dieser Bestimmungen anzuordnen, daß die Mühlen nur Mehl herstellen dürfen, das zu mindestens 30 v. H. aus Inlandsweizen besteht. Ferner soll er die Bestimmungen ändern können, wenn die Höhe des Getreide- oder Brotpreises dies erfordert. Für Zuwiderhandlung ist Geldstrafe vorgesehen.

In der Aussprache über diesen Antrag erklärte der deutschnationale Abgeordnete Schiele, daß auf diese Weise eine Besserstellung der Landwirtschaft nicht erreicht werde. In Anbetracht der handelspolitischen Bindung biete nur eine monopolistische Regelung die Gewähr für eine auskömmliche Preisgestaltung. Der Redner kündigte einen Antrag an, der die Regierung ermächtigt, Bestimmungen zu treffen, damit im Wirtschaftsjahr 1929-30 die Weizen- und Roggenpreise nicht um mehr als je 6 v. H. nach oben oder unten von einem Durchschnittspreis von 260 bz. 280 Mark je Tonne abweichen und damit ferner die Brotpreise nicht über den Durchschnitt der 12 Monate Juli 1928 bis Juni 1929 steigen.

Nach längerer Aussprache wurden Anträge auf Beseitigung sämtlicher Zwischenzölle mit 17 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Mit 15 gegen 10 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wurde ein Antrag angenommen, der die Aufhebung der autonomen Zölle für Getreide mit Ausnahme von Gerste bringt. Angenommen wurde ferner der Gesetzentwurf, der die Reichsregierung ermächtigt, eine Zusatzvereinbarung zum deutsch-französischen Handelsabkommen über die Beseitigung der Bindung des Wehlszolls vorläufig in Kraft zu setzen. Mit 17 Stimmen wurde dann auch der Antrag der Regierungsparteien über den Maßzwang genehmigt. Die Anträge über das Getreidemonopol wurden auf Wunsch der Antragsteller zurückgestellt.

Um die Verwendung der Mehreinnahmen aus den Zollerhöhungen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat am Mittwochabend beschlossen, die von ihr im Handelsausschuss eingebrachte Entschließung in der Vollversammlung wieder einzubringen, wonach die Mehreinnahmen aus den beschlossenen Zollerhöhungen für soziale Zwecke Verwendung finden sollen. Das Zentrum beabsichtigt, mit der Wiedereinbringung seiner Entschließung die übrigen Parteien in dieser Frage zu einer klaren Stellungnahme zu veranlassen.

Mittel zur Förderung der Bergung der Getreideernte.

Die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei haben zur dritten Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums einen Antrag eingebracht, wonach zur Förderung der Bergung der Getreideernte für die erste Hälfte des Jahres 1929/30 3 700 000 Mark in den Haushalt eingesetzt werden sollen. Im Haushalt 1930 soll für den gleichen Zweck ein Betrag von 7,5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden.

Der deutsch-schwedische Handelsvertrag gekündigt.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist der deutsch-schwedische Handelsvertrag von der deutschen Regierung zum 15. Februar 1930 gekündigt worden. Wie es in der deutschen Note, die der schwedischen Regierung ausgehändigt worden ist, heißt, erfolgte die Kündigung in Anbetracht der schweren Lage der deutschen Landwirtschaft, um höhere Zölle für gewisse landwirtschaftliche Erzeugnisse zu ermöglichen. Gleichzeitig wird in der Note die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung mitgeteilt, sofort in neue Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Handelsvertrags einzutreten.

Die Reform der Arbeitslosenversicherung

Berlin, 27. Juni. Der Sachverständigenausschuss zur Begutachtung der Arbeitslosenversicherung tritt am 2. Juli im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers zu seiner ersten Sitzung zusammen. Er besteht aus Vertretern des Reichstages, des Reichsrates, der kommunalen Spitzenverbände, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und aus Vertretern der freien Sozialpolitik. Der Ausschuss soll sich nach dem Vorschlage der Regierung mit der Frage befassen, welche Maßnahmen zur endgültigen Reform der Arbeitslosenversicherung notwendig sind, um die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung finanziell leistungsfähig zu erhalten, ohne daß dadurch ihre sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben gefährdet werden.

Neuregelung der Krisenunterstützung.

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichsarbeitsminister beabsichtigt, den Personenkreis und die Dauer der Krisenunterstützung neu zu regeln, weil die bisherige Regelung mit dem 29. Juni 1929 abläuft. Da jedoch die gesetzlich vorgeschriebene Anordnung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über die Neuregelung erst in dieser Woche erfolgen kann, soll zunächst die

Geltungsdauer des bisherigen Erlasses noch um eine Woche bis zum 6. Juli 1929 verlängert werden. Die neuen Bestimmungen werden am 7. Juli 1929 in Kraft treten.

Beginn der Spätsommertagung des Reichstags im September?

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, war für den Wiederzusammentritt des Reichstags zunächst der 20. August in Aussicht genommen. Da der sozialpolitische Ausschuss aber erst am 15. August seine Beratungen über die Arbeitslosenversicherung aufnimmt, glaubt man in parlamentarischen Kreisen weiter, daß der Zeitpunkt des 20. August für den Zusammentritt des Reichstags wahrscheinlich nicht eingehalten werden kann. Man rechnet vielmehr tatsächlich mit dem Beginn der Spätsommertagung erst für den 2. September.

Große Überschwemmungen im Berliner Westen.

Berlin, 27. Juni. Am Mittwochabend hat ein starkes Gewitter in Berlin, besonders in Charlottenburg, großen Schaden durch Überschwemmungen und Wasserrohrbrüche verursacht. Ganze Straßenzüge standen zeitweilig vollständig unter Wasser. Vielsach konnten Straßenbahnen und Automobile infolge der Wassermassen nicht weiterfahren. Von

Tages-Spiegel

Der Reichstag hat gestern das Agrarprogramm, soweit es dem Ausschuss vorlag, angenommen und anschließend einen Teil des Reichshaushalts in dritter Lesung verabschiedet.

Der handelspolitische Ausschuss beriet gestern die Getreidefragen des Agrarprogramms und sah mehrere Beschlüsse.

Der Reichsinnenminister hat den Länderregierungen einen Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung zum 28. Juni mitgeteilt.

Der preussische Landtag nahm einen Entschließungsantrag an, aus dem 10 Millionen für die Grenzlande bis zum Herbst Mittel für die Rheinprovinz, Schleswig-Holstein, die Grenzmark, Posen, Westpreußen, Schlesien, die Bezirke Frankfurt a. O. und Köslin flüssig zu machen.

Die demokratische preussische Landtagsfraktion fordert in einem Antrag im Landtag dem Konkordat gleichwertige Verträge für die evangelische Kirche.

Der württembergische Landtag behandelte gestern die Pläne für den Neubau der Technischen Hochschule in Stuttgart.

allen Seiten wurde die Feuerwehrunterbrochen um Hilfe ersucht, doch vermochte sie nur in Fällen äußerster Gefahr und bei Bedrohung von Menschenleben einzugreifen. Sie ist fortgesetzt an zahlreichen Stellen tätig und war gezwungen, den Ausnahmezustand zu erklären.

Die politische Konferenz der Regierungen in London?

Berlin, 27. Juni. Die Berliner Blätter aus London berichten, hat nach einer halbamtlichen Meldung die englische Regierung den anderen beteiligten Regierungen mitgeteilt, sie sei für eine Abhaltung der Regierungskonferenz in London, weil sie ihr Amt eben übernommen habe und das Parlament im Juli tagt.

Nach dem Vorwärts schreibt der Daily Herald in einem unverkennbar von amtlicher Seite veranlassenen Leitartikel zu der Frage des Tagungsortes der kommenden Reparationskonferenz, falls London nicht gewählt würde, so sei eine Hinausschiebung des Datums der Konferenz als unvermeidlich zu betrachten. Demgegenüber habe es heute nicht mehr den Anschein, als ob die Konferenz so leicht und glatt verlaufen würde, wie es ursprünglich ausgesprochen habe. Neben gewissen finanziellen Schwierigkeiten gebe es auch politische Schwierigkeiten, und zwar hinsichtlich der Rheinlandräumung, angesichts der wachsenden französischen Opposition gegen die sofortige Räumung, hinsichtlich der Kontrollkommission im Rheinland und hinsichtlich der Saarfrage, falls Deutschland beabsichtige, diese Frage auf der Konferenz aufzurollen, wie es den Anschein habe.

England gegen den Feststellungs- und Versöhnungs-Ausschuss.

Paris, 27. Juni. Außenminister Briand empfing am Mittwoch vormittag den englischen Botschafter Tyrrell. Die Besprechung der beiden Staatsmänner bezog sich in der Hauptsache auf den Ort und den Zeitpunkt der Einberufung der politischen Konferenz sowie das Programm. In Pariser englischen diplomatischen Kreisen versichert man, die englische Regierung habe wissen lassen, sie wäre nicht geneigt, die französische Forderung zu unterstützen, derzufolge die Rheinlandräumung der Einsetzung eines ständigen Kontrollausschusses untergeordnet werden solle. Ebenso sei die englische Regierung gegen die Verlängerung der Amtsdauer des Versöhnungs- und Feststellungsausschusses bis 1930. Die englische Regierung ist offenbar der Auffassung, daß nach 1935 der Versöhnungs- und Feststellungsausschuss seinen Platz an die Kontrollorgane des Völkerbunds abtreten soll.

Revolver-schießerei im französischen Generalkonsulat in Berlin

Berlin, 27. Juni. Im französischen Generalkonsulat hat eine Witauerin aus Born über die Ablehnung einer Unterstützung einige Revolver-schießerei abgefeuert. Wie die Polizei feststellte, handelt es sich um die Verzweiflungstat einer in Not befindlichen Frau, die an den französischen Staat Schadensersatzforderungen zu haben glaubte. Die in Paris verunglückte Frau behauptete, daß eine an ihr in einem staatlichen französischen Krankenhaus vorgenommene Operation zum völligen Verlust eines Beines geführt habe, zumal man sie als eine Art „Versuchskaninchen“ für eine neuartige Behandlung benutzt habe. Auch die Protokolle, die sie in Frankreich erhalten hat, sei nicht ordnungsgemäß geartet. Angeblich soll man sie auch mit ihrem erst 35 Tage alten Kind aus Frankreich abgeschoben haben. Sie habe nun durch diese Verzweiflungstat die Aufmerksamkeit der französischen Behörden auf die ihr zuteil gewordene Behandlung und auf ihre schlechte Lage lenken wollen.

Sitzung des Reichskabinetts

II Berlin, 26. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett verabschiedete in seiner gestrigen, laufenden Angelegenheiten gewidmeten Sitzung den Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Reichsminister (Reichsministergesetz) und den eines Gesetzes über Zuschüsse aus Reichsmitteln für die Ansiedlung von Landarbeitern.

Beide Entwürfe werden unverzüglich dem Reichsrat zugehen.

Die Reichssteuereinnahmen im Mai 1929

— Berlin, 26. Juni. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betragen die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben in Millionen Reichsmark an Besitz- und Verkehrssteuern im Monat Mai 437,44, im April und Mai zusammen 1160,94, an Zöllen und Verbrauchsabgaben, und zwar a) verpfändete im Mai 217,80, im April und Mai zusammen 428,43, b) andere im Mai 2,45, im April und Mai zusammen 7,01, Zölle und Verbrauchsabgaben zusammen im Mai 219,65, im April und Mai zusammen 435,52. Das Gesamtaufkommen an Reichssteuereinnahmen betrug im Mai 657,09, im April und Mai zusammen 1596,46.

Pressfestimmen zur Entschliebung der Generalsynode

Zu der Entschliebung der evangelischen Generalsynode schreibt die „Germania“ u. a.: In der Entschliebung liege weder eine klare Ablehnung noch eine Zustimmung zu dem Vertrag mit der Kurie. Wenn aber davon die Rede sei, daß grundlegende Festsetzungen des Vertrags den evangelischen Volksteil schwer beunruhigen und daß sie zu einer Beeinträchtigung des kostbaren Gutes des konfessionellen Friedens führen könnten, so liege darin eine Stellungnahme, die der sachlichen Begründung entbehre. Weiter hebt die „Germania“ hervor, daß es sachlich unbegründet sei, den Abschluß des Vertrags mit der Kurie ohne gleichzeitige Verabschiedung eines Vertrags mit den evangelischen Landeskirchen als Verletzung der Grundzüge der Parität hinzustellen. Bei der Auseinandersetzung der protestantischen Kirche mit dem preussischen Staat im Jahr 1924 sei von katholischer Seite dieser Vorwurf der Imparität nicht erhoben worden. Die Entschliebung gebe selbst zu, daß der Ausgang künftiger Verhandlungen zwischen Preußen und den evangelischen Landeskirchen völlig ungewiss sei. Dann bestrebe also die Möglichkeit, diese Verhandlungen so lange hinauszuzögern, daß die Verabschiedung des Vertrags mit der Kurie in absehbarer Zeit unmöglich bleibe. Ein sachlicher Grund für eine solche Behandlung der Frage lasse sich nicht beibringen. — Die D. N. Z. sagt, was die Evangelischen forderten, sei lediglich daselbe, was in früheren Jahrzehnten die Katholiken gefordert hätten, nämlich Parität. Der preussische Ministerpräsident werde auf Grund seiner demokratischen Weltanschauung nicht übersehen dürfen, daß zur Demokratie nicht nur das Recht der Minderheit, sondern ebenso sehr das Recht der Mehrheit gehöre, selbst dann, wenn es sich nicht um politische, sondern um weltanschauliche Fragen handle. Eine Verschleppung würde in dieser Frage nicht die übliche Beruhigung, sondern sichtlich eine nicht ungefährliche Erregung bedeuten. Das aber könne vom nationalen Gesichtspunkt aus ebensowenig verantwortet werden wie vom Standpunkt der Kirchen, sei es der evangelischen oder der katholischen.

Amnestie für Elsaß-Lothringen

II Paris, 26. Juni. Der Ministerrat beschloß am Dienstag auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Poincaré, des Justizministers Barthou und des Ministers für öffentlichen Unterricht, Mairaud, einen Dringlichkeitsantrag in der Kammer einzubringen, der die volle Amnestierung für die in Elsaß und Lothringen wegen politischer Delikte Verurteilten vorseht. Für die Ver-

urteilung kommen die bis zum 22. Juni 1929 gegen die Artikel 86, 88 und 89 des Strafgesetzbuches begangenen Zuwiderhandlungen in Frage. Ferner die Gesetzesübertretungen der Beamten und derjenigen Personen, die den am 5. Juni 1926 veröffentlichten Appell an die Elsäßer und Lothringer unterzeichnet haben.

Poincaré

über die französische Schuldenpolitik

II Paris, 26. Juni. Ministerpräsident Poincaré setzte seine Ausführungen vor den vereinigten Kammerauschüssen für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen fort. Er ging dabei besonders auf das Londoner Schuldenabkommen ein. Er innerte daran, daß am 10. Dezember 1923 die Reparationskommission eine Befehlshaltung Deutschlands in der Frage der Sachleistungen festgestellt habe und daß jeder Staat daraufhin ein Kriegsschadigungsprogramm aufgestellt habe. Der Plan Bonar Law sei gleichzeitig von drei Alliierten, und zwar von Belgien, Italien und Frankreich und nicht nur von letzterem allein abgelehnt worden. Der Plan Bonar Law sei übrigens hinter den Ergebnissen des Dawesplans zurückgeblieben. Nach der Ablehnung dieses Plans im Jahre 1923 sei in Übereinstimmung mit Belgien und Italien die Ruhrbesetzung erfolgt. Die Ruhrbesetzung hat Frankreich 1500 Mill. Franken eingebracht. Poincaré ging weiter auf den Widerstand und die Verhandlungen zwischen der französischen und englischen Regierung ein. Die Note Lord Curzons habe Frankreich dahin beantwortet, daß es nur in dem Maße zahlen werde, als es selbst von Deutschland Zahlungen erhalte. Der Ministerpräsident ging darauf auf die Verhandlungen in der interalliierten Schuldenfrage und auf die Besprechungen von Caequers vom 22. Juni 1924 zwischen Caillaux und Macdonald ein, in deren Verlauf die Frage der Schulden von denjenigen der deutschen Entschädigung getrennt worden sei.

Die Kriegsschadigungsfrage

II Newyork, 26. Juni. Im Weißen Haus fand eine Besprechung über den Youngplan statt, an der neben Hoover Staatssekretär Stimson, ferner der Unterstaatssekretär, der Unterschatzsekretär sowie Young, Morgan, Lamont und Perkins teilnahmen. Wie verlautet, ist mit der nichtamtlichen Teilnahme Amerikas an der bevorstehenden diplomatischen Konferenz zu rechnen. Möglicherweise wird General Dawes der Vertreter Amerikas auf dieser Konferenz sein. In Washingtoner Regierungskreisen wird es als selbstverständlich angesehen, daß die Zustimmung des Kongresses zum Youngabkommen als ganzem erfolgen wird, da Amerika lediglich durch seine Befehlsansprüche an dem Abkommen interessiert sei.

Sir Horace Kumbold erstattet in London Bericht.

II London, 26. Juni. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Einberufung der diplomatischen Konferenz ist der britische Botschafter in Berlin, Sir Horace Kumbold, in London eingetroffen. Die Reise des Botschafters nach London geht auf eine Aufforderung des Foreign Office zurück. An der Einigung auf London als Tagungsort wird heute kaum noch gezweifelt.

Die deutsch-belgischen Markverhandlungen.

II Brüssel, 26. Juni. Im Zusammenhang mit den deutsch-belgischen Markbesprechungen, die heute hier wieder aufgenommen wurden, hat man in belgischen Kreisen den Eindruck, daß die Verhandlungen noch mindestens 14 Tage dauern werden. Trotz der noch bestehenden Schwierigkeiten glaubt man jedoch, daß sich eine Einigung erzielen läßt.

Wie verlautet, hat die belgische Regierung Anweisung gegeben, die Liquidation des beschlagnahmten deutschen Eigentums anzuhalten. Verkäufe, die in Cuxen und Malmö stattfinden sollten, werden nicht durchgeführt. Diese Anweisung wird mit den deutsch-belgischen Markverhandlungen in unmittelbarem Zusammenhang gebracht.

Kleine politische Nachrichten

Erste Sitzung des neuen Reichsreisbahnrates. Der neugebildete Reichsreisbahnrat trat in Berlin zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zur Eröffnung war auch der Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald erschienen. Der Reichsreisbahnrat nahm einen Bericht über die wichtigsten tarifpolitischen Maßnahmen der Deutschen Reichsbahngesellschaft entgegen und stimmte nach längerer Aussprache einem Antrage der Deutschen Reichsbahngesellschaft auf Einführung eines ermäßigten Sammeladungstarifs zu, der dazu dienen soll, der zunehmenden Abwanderung des Verkehrs auf den Kraftwagen Einhalt zu tun. Schließlich wurden einige Anträge auf dem Gebiet des Personenverkehrs vorgebracht, deren nähere Prüfung durch das Reichsverkehrsministerium und die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft zugesagt wurde.

Die badischen Schulen sollen sich an den Kundgebungen am 28. Juni nicht beteiligen. Der badische Minister für Kultus und Unterricht hat an die Direktoren der höheren Lehranstalten, der Lehrerbildungsanstalten, des Staatslehramts und der Fachschulen einen Erlaß gerichtet, worin er die ihm unterstellten amtlichen Dienststellen und amtlichen Persönlichkeiten ersucht, sich nicht an den Kundgebungen gegen die Kriegsschuldigen am 28. Juni zu beteiligen. Angesichts der nahe bevorstehenden Verhandlungen über die Neuregelung der Kriegsschadigungsfrage müsse gerade in diesem Jahre darauf Bedacht genommen werden, daß durch solche Kundgebungen die Verhandlungen keine Störungen erfahren.

Aus aller Welt

Geheimnisvoller Selbstmord eines Baden-Badener Rechtsanwalts.

In der vergangenen Woche hat der in Baden-Baden ansässige Rechtsanwalt Herrmann im Rhein den Tod gesucht und gefunden. Wie jetzt bekannt wird, sollen sich bei der Nachprüfung der Hinterlassenschaft des Toten Unregelmäßigkeiten herausgestellt haben. Es wird mitgeteilt, daß von Vermögensstücken, die von Herrmann verwaltert wurden, 200 000 Mark verlustig seien.

Raubmord im Eisenbahnzug.

Auf der Berlin-Breslauer Strecke wurde zwischen den Stationen Amth und Guben die Leiche des polnischen Ingenieurs Dr. S. M. Pinkus, der in Berlin wohnte, gefunden. Die Leiche wies Zertrümmerung des Schädels sowie Gesichtsverletzungen auf. Es besteht der dringende Verdacht, daß Dr. Pinkus von einem unbekanntem Täter beraubt, ermordet und aus dem Zuge geworfen worden ist.

Großfeuer in einer polnischen Ortschaft.

Am Sonntag sind in der Ortschaft Kunow bei Bielitz (Polen) 40 Wohnhäuser und 130 Wirtschaftsgebäude durch ein Großfeuer zerstört worden. Der Schaden beträgt 11 Millionen Zloty. 400 Menschen sind obdachlos geworden.

Schweres Explosionsunglück in Kanton.

In Kanton flog ein großes Munitionslager in die Luft, wodurch vier Häuser zerstört und 500 Personen verletzt wurden. Über die Ursache des Unglücks ist noch nichts bekannt.

Regerschlacht in Newyork.

In Harlem, im Regerviertel Newyorks, kam es am Sonntag zwischen zwei feindlichen Regerverbänden zu einem heftigen Kampf, wobei u. a. Gewehrkolben verwendet wurden. Eine Gruppe von Negern versuchte, in einen Saal einzudringen, in dem die Mitglieder eines feindlichen Regerverbandes eine Sitzung abhielten. Es handelt sich dabei um den Verband, der von dem verbannten Regier Garvey gegründet worden ist. Garvey nannte sich seinerzeit „Präsident der afrikanischen Republik“ und ließ sich auch zum „Schwarzen Christus“ ausrufen. Die Regier, die vorher einen Umzug abgehalten hatten, befanden sich sämtlich in goldstrotzenden Phantasiuniform. Auf dem Kampfplatz blieben 7 Verwundete zurück.

Aus alten Familienpapieren und Familienerinnerungen!

(Nachdruck verboten.)

Von Ed. H.

1. Fortsetzung.

Meine gesellschaftlichen Verhältnisse waren sehr angenehm. Ungeachtet die Stellung eines Präzeptors sehr niedrig war, indem er in dem Rangreglement König Friedrichs gerade nach dem Hofsenbinder stand (der Leutnant ging dem Oberamtman und Dekan vor), spielte ich in der Gesellschaft keine sehr untergeordnete Rolle. Ich wurde Mitglied einer Gesellschaft, welche sich in einem Privathause ein Lokal gemietet hatte, man hieß es die Hammererei, weil der Besitzer, ein Musiklehrer und Weinschenk, Hammer hieß. Sicher kamen jeden Abend die Notabilitäten der Stadt, und es wurde jedes Mal eine Partie P'ombre gemacht. Man spielte den point zu sechs Kreuzer, später jedoch nur zur Hälfte, weil einer der reichsten Kaufleute — Hafnmeier —, der fast beständig Unglück hatte, zu dem hohen point nicht mehr mitspielen wollte. Ich spielte glücklich und spielte es gut, so daß ich jährlich zwanzig bis dreißig Louisdor gewann, wovon ich den zehnten Teil meiner Frau schenkte. Diesen Gewinn konnte ich mir um so eher gefallen lassen, da die Verlierenden lauter reiche Kaufleute waren.

Die Wohnung des Oberamtman war von der meinigen durch eine schmale Gasse und ein Gärtchen getrennt. Da rief er manchmal am Sonntag schon um 4 Uhr: Herr Präzeptor, Herr Präzeptor! Wollen wir nicht eine Partie P'ombre machen? Wenn es Ihnen recht ist, will ich Herrn Dr. Zahn in die Hammererei beschicken. Da spielten wir nun von 4 Uhr bis zu der gewöhnlichen Stunde um 9 Uhr; ich erinnere mich, an einem solchen Abend 20 f. gewonnen zu haben. Herr von Maucel, der damals Landvogt in Calw war, ließ mich und den Oberamtman auch manchmal, wenn er unwohl war, zu sich bitten, um mit ihm eine Partie P'ombre zu machen. Er spielte auch öfters mit uns in der Hammererei. Dieser Mann, der später Justizminister und nachher Präsident des

geheimen Rates wurde, ehrte das Andenken an unsere Calwer Bekanntschaft nach vielen Jahren noch immer und gab mir schätzbare Beweise seiner freundschaftlichen Gesinnungen, was besonders meinen beiden Söhnen zugute kam. Der Amtsvorfahr des Herrn von Maucel war Herr von Breitshwert mit dem Titel eines Kreisshauptmanns gewesen. Er war ein guter Schachspieler. Als ich das erste Mal mit ihm eine Partie machte, dachte ich: als Edelmann werde er ein so ernsthaftes Spiel wohl nicht besonders durchschaubar haben und behandelte ihn als Präzeptor; aber zu meiner größten Beschämung schlug er mich gleich in der ersten Partie. Als ich am Gymnasium in Stuttgart im Jahre 1818 angestellt wurde, wo ich ihn als Staatsrat wieder antraf, erneuerten wir unsere Schachpartien, und als ich infolge einer Steinoperation lange Zeit nicht ausgehen konnte, besuchte er mich fleißig, um eine Partie Schach zu machen, und so ich ihn, als er, alt und schwach, nicht mehr fortgehen konnte. Dieser gutmütige Mann stand unter dem Pantoffel seiner Frau, welche ihn manchmal auch in seinen amtlichen Handlungen einengte. Eines Tages sah Frau von Breitshwert (?), wie in ihrer Strafe zwei Schulknaben einander prügelten. Sie veranlaßte den Herrn Gemahl zu der freisamtlichen Sentenz, daß beiden Verbrechern von ihren respektiven Lehrern 15 Prügel gegeben werden sollten. Der eine der Knaben besuchte die deutsche Schule, der andere die lateinische und war in meiner Klasse. Der Oberamtsaktuar in Abwesenheit des Oberamtman schickte mir durch den Amtsdiensten einen Zettel, worin ich angewiesen wurde, an dem betreffenden Schüler die ausgesprochene Strafe zu vollziehen. Ich ließ dem Aktuar zurückfragen, ich wäre nicht der Bittler. Einige Tage nachher sagte mir mein kleiner Schwager, welcher auch in meiner Klasse war, der Sohn des Kreisshauptmanns, sein Mitschüler, habe gesagt, sein Vater wolle meine Weigerung, die Strafe zu vollziehen, an die Regierung berichten. Nun wäre es mir höchst unangenehm gewesen, wenn ich von der Oberbehörde dazu gezwungen worden wäre. Ich ging nun sogleich zu dem Dekan, teilte ihm die Geschichte mit und bat ihn, mich zu bevollmächtigen, die Schlägerei als eine Schulsache zu untersuchen, was er mir

sogleich zugestand. Den folgenden Tag ließ ich den Schüler der deutschen Schule, der seine 15 Prügel schon erhalten hatte, in meine Klasse kommen und verhörte die zwei Verbrecher. Mein Schüler gab an, der andere habe seinen kleinen Bruder mißhandelt, und dafür habe er ihn bestrafen wollen. Ich sagte ihm, darin habe er sehr geirrt, daß er sich selbst habe Genugtuung verschaffen wollen, und gab ihm dafür zwölf sehr mäßige Tadeln. Der Knabe hieß Bogenhard. Als ich einmal nach Calw kam, trat in einem öffentlichen Garten ein Unbekannter zu mir und bedankte sich für die zwölf Tadeln, die er vor 25 Jahren erhalten hatte. Ich war nun ruhig, da der Verbrecher einmal gestraft war, konnten ihm die 15 Prügel nicht auch noch zugestellt werden; wahrscheinlich war aber der Kreisshauptmann so vernünftig, einzusehen, daß er sich durch einen Bericht an die Regierung lächerlich machen würde.

Meine Frau, 17 1/2 Jahre alt, als ich sie heiratete, war sehr lebhaft; einfach erzogen, liebte sie doch sehr gesellschaftliches Vergnügen. Sonntags und Feiertags machten wir häufige Ausflüge nach Teinach, nach Hirsau oder auf die Sägmühle. Im Winter gab es Wälle in der Hammererei, ein banaler Ausflug war am Jakobifeiertag nach Teinach zum Hofnientanz und Eselwetrennen; in der großen Raube wurde getanzt. Eine zahllose Menge aus der ganzen Umgegend strömte dahin, auch aus der Ferne, Studenten von Tübingen usw. Bei dem Oheim meiner Frau, Apotheker Dr. Gaupp, wurde gewöhnlich am Sonntag eine Partie P'ombre gemacht, den point zu einem Kreuzer. Die Teilnehmer waren außer mir meine Schwiegermutter, Oberamtsmännin Braun und der Herr Onkel, welcher es sehr schlecht spielte, und den Ennui, den sein Spiel verursachte, mit gutem Wein und kalter Küche vergütete. Dieser Mann, der weit über 100 000 Gulden besaß, war ein gemüthloser Egoist; als ich ihn einst um einen kleinen Beitrag zu einem wohltätigen Zweck bat, wies er mich schneid ab. Einst kam ein Bauerneiß von Efringen zu mir. Sie hatte einen Knaben von 12 Jahren, der eine so große Lust zum Schulstande habe; sie wären aber außer stande (ihr Mann war ein armer Tagelöhner), die Kosten aufzutreiben. Ich sagte ihr,

Württ. Landtag

In der Mittwochsitzung des Landtags wurde das Kap. 37 (Unversität) nach den Ausschufsanträgen angenommen unter Ablehnung eines jtz. Antrags auf Durchbringung des Unterrechts mit dem Geist der in den Verfassungen niedergelegten staatsbürgerlichen Grundsätze. Beraten wurden Kap. 38 (Landw. Hochschule) und Kap. 39 (Landw. Fachschulen). Der Berichterstatter Dr. Ströbel (WB.) bedauerte den Rückgang der Besucherzahl in Hohenheim und führte diesen Rückgang auf die schlechte Lage der Landwirtschaft und die Ausichtslosigkeit des Landwirte-Vertrags zurück. Der Abg. Kinkel (S.) begründete einen Antrag auf Schaffung und Förderung von Berufsschulen der Produzenten und Konsumenten. Die Abgg. Bauer (WB.), Gaus (Z.) und Ulrich (S.) traten besonders für einen Ausbau der Weinbauschule in Weinsberg ein, während der Abg. Hausmann (Dem.) eine Verbesserung der Gartenbauschule in Hohenheim wünschte und der Abg. Kling (WB.) sich für eine besondere Förderung der gärungslosen Fruchterzeugung einsetzte. Der Abg. Köberle (Z.) bedauerte, daß für den Besuch der Landwirtschaftsschulen vielfach keine genügende Vorbildung mitgebracht werde. Die Kap. 38 und 39 wurden dann nach den Ausschufsanträgen angenommen. Hierauf beriet man das Kap. 40 (Technische Hochschule), wozu ein Ausschufsantrag vorlag, in erneute Verhandlungen mit der Stadt Stuttgart wegen Verlegung der Hochschule nach dem Weissenhofgelände einzutreten. Der Abg. Heymann (S.) erklärte, daß die Frage der Verlegung angesichts der ungeheuren finanziellen Wirkung sehr ernsthaft geprüft werden müsse. Es komme weniger darauf an, die Technische Hochschule auf ein weiteres Wachstum umzustellen, als ihre innere Organisation zu verbessern. Es habe keinen Zweck, ein noch größeres akademisches Proletariat heranzuziehen, und man müsse wie bei der Universität feststellen, welches die dringendsten Bedürfnisse seien. Die Regierung möge beim Landtag eine entsprechende Vorlage einbringen. Bei einer völligen Verlegung seien die bisherigen Gebäude sehr schwer verwerthbar, das Bauen auf der Höhenlage des Weissenhofs überdies besonders teuer. Ein Neubau würde 40-50 Millionen Mark kosten. Der Abg. Dr. Brudmann (Dem.) vertrat die Auffassung, daß zunächst ein Platz gefunden werden müsse, der später die Neuanlage aufnehmen könne. Die Leistungsfähigkeit der Hochschule lasse sich nur aufrecht erhalten, wenn die bestehenden Mängel planmäßig behoben würden. Der Landtag könne über die Platzfrage nur entscheiden, wenn er von der Regierung die nötigen Unterlagen besitze. Ludwigsburg komme nicht in Frage, weil nur allmählich gebaut werden könne. Der Abg. Kling (WB.) vertrat die Ansicht, daß man auf dem Platz an der Wiederholdstraße noch einige Institute erbauen könnte. Der Abg. Hartmann (WB.) hielt das Weissenhofprojekt für die geeignetste Lösung. Der Abg. Dr. Wiber (WB.) erklärte, wenn viele aus dem Volke ein akademisches Studium ergreifen wollen, so dürfe sie der Staat nicht daran hindern. Bildungssimmel liege nur vor, wenn Leute, die keine Wissenschaft brauchen, doch in akademische Berufe hineinwollen. Volksschüler brauchen von ihren Lehrern nur Lesen, Schreiben und Rechnen zu lernen und nicht mit Wissenschaft vollgepfropft zu werden. Der Redner erklärte sich für das Weissenhofprojekt und meinte, man siche keinen neuen Lappen an ein altes Tuch. Am alten Platz könne unmöglich gebaut werden. Nach den Ausführungen des Abg. Brudmann scheinen drei Viertel der Demokratie gegen die Verlegung der Technischen Hochschule zu sein.

Aus Württemberg

Aufklärung in den Schulen über die angebliche Schuld Deutschlands am Kriege.

Das Kultministerium hat angeordnet, daß am 28. Juni die Schüler sämtlicher Schulen über die angebliche Schuld Deutschlands am Kriege aufgeklärt werden. Die Belehrung der Schüler soll alles vermeiden, was die Zerrissenheit des deutschen Volkes fördern könnte. Sie soll im Gegenteil so sein, daß das dem ganzen deutschen Volk gemeinsame Lebens-

Interesse an der Wahrheit sich mit dem großen Gedanken des Kampfes um das Recht zu einer einflussreichen und unvergesslichen Stunde für die Schüler verbindet. Der Erlaß gibt eine attentmäßige Darstellung der Behauptung von der deutschen Schuld. Er betont die Wichtigkeit der Kriegsschuldfrage, indem er ebenfalls an der Hand von Aussprüchen englischer und französischer Staatsmänner hervorhebt, daß der Vertrag von Versailles lediglich auf der Behauptung dieser deutschen Schuld basiert. Er legt weiterhin den tieferen Grund der feindlichen Behauptung von der deutschen Kriegsschuld bloß und schildert die Tatsachen, die zu der Erpressung des Schuldanerkenntnisses geführt haben. Er legt endlich dar, daß unsere früheren Feinde, obwohl sie selbst alle ihre Handlungen in das Gewand des Rechts kleiden, gegen drei fundamentale Grundsätze des Rechtsstaates verstoßen haben: sie haben Deutschland das Recht verweigert, von einer unparteiischen Kommission die Frage der Kriegsschuld entscheiden zu lassen; sie haben in eigener Sache Recht gesprochen; sie haben schließlich Deutschland unter Androhung von Gewalt gezwungen, seine Schuld anzuerkennen. Er schließt mit folgenden Worten: „Der Kampf um das Recht des deutschen Volkes ist den Schülern als eine heilige Pflicht darzustellen. Ihre Seelen sollen sich erfüllen mit Abscheu gegen Unrecht und Unwahrheit. Ihre Herzen sollen sich begeistern an dem Gedanken, daß aus dem schweren Schicksal, das auf Deutschland lastet, sich eine große Mission des deutschen Volkes ergibt, der Kampf um das Recht überhaupt. Nicht Rache für das erlittene Unrecht soll das Ziel des deutschen Volkswillens sein, sondern die Verwirklichung der Idee des Rechts. Zudem das deutsche Volk für seine Ehre und sein Recht, für seine Befreiung aus nationaler und wirtschaftlicher Not kämpft, kämpft es zugleich für einen der gewaltigsten Fortschritte in der Entwicklung der Menschheit. Denn es ist die Aufgabe der Zukunft, auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen das Recht an die Stelle der Gewalt zu setzen.“

Das Kriegervereinswesen in Württemberg.

Der in den letzten Tagen erschienene Geschäfts- und Rechenschaftsbericht des Württ. Kriegerbundes für das Jahr 1923 gibt ein erfreuliches Bild über die fortschreitende Entwicklung auf allen Arbeitsgebieten des Bundes. Der Bund zählt nunmehr in 1653 Kriegervereinen 160 528 Mitglieder. Der Zugang an neuen Mitgliedern, meist Kriegsteilnehmer, beträgt 8 612, der hauptsächlich durch Tod bedingte Abgang dagegen 6 125, so daß sich die Gesamtmitgliederzahl gegenüber dem Vorjahr um 2 487 erhöhte. Unter den Mitgliedern befinden sich 101 181 Kriegsteilnehmer und Frontkämpfer (1 921 Alt-Veteranen und 99 260 Kriegsteilnehmer am Weltkrieg), 25 115 Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Friedensrentenempfänger sind dem Bund angeschlossen, der nach wie vor die stärkste Kriegsbeschädigten-Organisation Württembergs ist. In 561 Kleinfamilienvereinen sind 14 094 Schützen vereinigt, deren Anzahl inzwischen wesentlich gestiegen ist. Das Bundesvermögen betrug am Schlusse des Jahres 873 294 M., dasjenige der ihm angeschlossenen Kriegervereine 989 768 M. 3480 kranke und bedürftige Kameraden und Hinterbliebene von solchen erhielten Geldunterstützungen im Gesamtbetrag von 56 600 M. Hilfsbedürftige Kameraden, Witwen und Waisen wurden mit Geldgeschenken im Gesamtbetrag von 141 323 M. im letzten Jahr unterstützt. In den beiden Krieger-Erholungsheimen Herrenalshaus und Bad Niedernau fanden 658 erholungsbedürftige Kameraden Aufnahme, teilweise kostenlos. Der Gesamtaufwand für die Unterkunft und Verpflegung betrug 85 999 M. Die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge verursachte einen Kostenaufwand von 23 956 M. Seit seinem Bestehen hat der Württ. Kriegerbund bis Ende des Jahres 1923 für Unterstützung und Wohlfahrtszwecke die Summe von 2 313 580 M. verausgabt, in der die Beträge aus den Inflationsjahren 1918 bis 1923 selbstverständlich nicht enthalten sind. Rund 50 v. H. der von der Fürsorgeabteilung vertretenen Fälle vor dem Versorgungsgericht wurden zugunsten der Kriegssopfer entschieden. Der Kleinfamilienvereinsport innerhalb des Bundes hat großen Anklang gefunden u. erfreut sich größter Beliebtheit.

Schwester nahm meine Schwiegermutter zu sich, Bruder Louis kam in meines Schwiegervaters Schreibstube, und später hielt sich auch Bruder Karl ein halbes Jahr in Calw auf, von wo aus er Geschäfte machte. Nicht zu ihrem Glück machte meine Schwester die Bekanntschaft des Oberamts-Substituten Klumpner, welcher sie nachher heiratete und als Gerichtsnotar in Freudenstadt mit dem Titel eines Kanzleirates ziemlich frühe starb und seine Frau mit 5 Kindern in Armut hinterließ.

Mein Bruder Louis kam bald als Amtsubstitut nach Zavelstein. Er schaffte sich ein Pferdchen an, einen Fuchsen, der oft in unserm Gärtchen hinter dem Hause graute. Louis schloß sich gern an meine Frau an, und ich glaubte, daß diese durch ihren Umgang auf seine Bildung wohlthätig wirkte. Schiller war besonders das Band zwischen ihnen. Von uns Geschwistern machte bloß Louis Glück, was er dem Umstand zu danken hatte, daß Oberamtmann Kausler in Göppingen, der ein Geschwisterkind von uns zur Frau hatte und zu dem er als Aktuar gekommen war, nicht reiten konnte. König Friedrich reiste durch Göppingen. Der Oberamtmann sollte ihm entgegenreiten; dieser, der Reittunskundig, schickte seinen Aktuar als Stellvertreter. Der König fragte ihn, ob er studiert habe; die Antwort war verneinend. Wie alt er sei? 24 Jahre. Da ein Aktuar 25 Jahre alt sein und studiert haben sollte, so wurde mein Bruder wenige Tage nachher zum Soldaten ausgehoben und in ein Regiment eingeteilt. Bald kam er jedoch in die Kriegskanzlei, machte ein paar Feldzüge als Kriegskommissar mit, ward nach beendigtem Kriege Buchhalter, dann Rechnungsrat, Generalkriegskassier, Kriegsrat, Oberkriegsrat und zuletzt Direktor bei dem administrativen Teil des Kriegskollegiums, erhielt den Orden der württembergischen Krone, einen badijschen und heffischen Orden.

Mein Bruder Karl heiratete die Halbschwester meiner Frau, etablierte sich in Stuttgart, wo er eine Spezerei-handlung errichtete, welche sehr gut ging. Da kam er auf die unglückliche Idee, eine Tabakfabrik in Ötlingen zu errichten, auf welcher er zugrunde ging und mich und seine Schwester, seine Schwiegermutter, eine Tante und die Frau

Sportvorschau

D.S.B. Jugenitag des Jahres in Calw.
Wie bereits angekündigt, ist Calw am Sonntag der Ort, in dem sich die gesamte Sportjugend des Neckar-Na-goldtales vom Südb. Fußball- und Leichtathl. Verband einfindet, um in frisch-fröhlichen, von jugendlicher Begeisterung getragenen leichtathletischen Kämpfen sich zu messen. Wohl ist der genannte Gau noch nicht sehr lange gegründet und festgesetzt, nicht alle Vereine haben deshalb schon die nötigen Jugendabteilungen. Aber trotzdem wird es auf der idealen Sportstätte des Fußballvereins Calw, der die örtlichen Vorbereitungen zu treffen hat, ein emsiges Treiben geben und jeder Jugendliche hat Gelegenheit, sein ganzes Können und seinen ganzen sportlichen Ehrgeiz dreinzusetzen. Den Auftakt der Kämpfe gibt ein Stadtlaufer, der von der Lederstraße über Bad- und Bahnhofstraße zum Marktplatz führen wird. Ein kleiner Festzug zum Sportplatz unter Vorantritt des tüchtigen Trommler- und Pfeiferkorps des Militärvereins eröffnet die Nachmittagsveranstaltungen. Diese bestehen aus Läufen von 75 und 100 Meter, Staf-felläufen, Kugelstoßen, Weitsprung, Hochsprung, Ballwerfen, Speerwerfen, Dreikampf usw. Für die besten Leistungen werden Diplome ausgegeben.

Insgesamt wird mit einer Teilnehmerzahl von 120-150 gerechnet. Zum Schluß treten in einem Auswahlspiel die Aktiven der A- und B-Klasse des Gaues an. Die A-Mannschaft wurde von der Gaubehörde wie folgt aufgestellt: Im Tor: Kiefer von Altensteig, dann Schlecht von Nagold, Kugel von Altburg; als Päufer: Mang von Dornstetten, Raible von Unterreichenbach, Giacomino von Calw; als Stürmer: Bußl, Otto, Calw, Weibrecht von Nagold, Wirth und Flatisch von Calw und Immer von Dornstetten. Die B-Mannschaft ist aus Spielern von Steinegg, Baiersbrunn, Schell-bronn, Leßningen usw. zusammengestellt. Es sollte keines besonderen Hinweises bedürfen, daß es der Mühe wert ist, sich die Spiele und Kämpfe der Jugend, welche alle noch das Bild der reinsten und idealen Sportauffassung tragen, anzusehen. Die Eltern und Erzieher haben Gelegenheit, zu sehen, wo ihre Jüngens untergebracht sind. Bewußt und in klarer Zielfreibeit will der Deutsche Fußballbund die Sportjugend formen in ständiger Zusammenarbeit mit Elternhaus und Schule, er will sie zu gefunden, charaktervollen Menschen erziehen, denn besonders sie soll in der Werk-stätte oder auf dem Büro Baustein am Niesebau der deutschen Volksgemeinschaft sein.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

100 holl. Gulden	168,69
100 franz. Franken	16,43
100 schweiz. Franken	80,80

CEB. Stuttgart, 26. Juni. Die Börse war heute wieder recht geschäftlos bei ziemlich unveränderten Kursen.

L. C. Berliner Produktbörse vom 26. Juni.

Weizen, märkischer 220-221; Roggen, märkischer 191-193; Futtermehl 176-182; Hafer, märkischer 178-188; Weizenmehl 26-29,50; Roggenmehl 26,25-28,50; Weizenkleie 11,50-11,75; Roggenkleie 11,50-12; Viktoriaerbsen 40-48; kleine Speiseerbsen 28-34; Futtererbsen 21-23; Peluschken 25-26; Ackerbohnen 21-23; Wicken 27-30; Lupinen, blaue 18,50-19,50; gelbe 27,50-29,50; Rapskuchen 18,50; Leinkuchen 21,30-21,60; Trockenschrot 10,50; Sojafschrot 18,70-19,30; Kartoffelflocken 15,80-16,40. Allgemeine Tendenz: Unregelmäßig.

Ermäßigung der Bankzinsen?

Wie WB.-Handelsdienst erfährt, hat die Stempelver-einigung vor einigen Tagen den auswärtigen Bankvereinigungen vorgeschlagen, mit Wirkung vom 30. d. M. den nur als Übergangsmassnahme gedachten starren Soll-Zinssatz von 9,5 Prozent p. a. aufzuheben und den Soll-Zinssatz von 1 Prozent über Reichsbankdiskont wieder einzuführen, damit also eine Ermäßigung der Sollzinsen um 1 Prozent ein-treten zu lassen.

mit ruinierte. Er war im Grunde eine ehrliche Haut; aber borniert (und als sein Geschäft anfing, schief zu gehen, erlaubte er sich Handlungen, die ich mehr der Dummheit als der Schlechtigkeit zuschreiben geneigt bin). Während er selbst an sich sehr sparte, machte er einen Bankrott von beinahe 100 000 Gulden.

Einige Jahre nach meiner Anstellung als Präzeptor in Calw trat ich mit Abbé Mozin in Verbindung, welcher von Cotta beauftragt war, ein großes vollständiges französisches Wörterbuch zu verfassen, mit welchem Cotta das Dictionar von Schwan in den Grund bohren wollte, weil dieser über eine neue Ausgabe seines Wörterbuchs sich mit Cotta nicht verständigen wollte. Mozin engagierte mich als Mitarbeiter, indem er mir monatlich 50 Gulden bezahlte; doch sollte mein Honorar im ganzen nicht über 2000 Gulden betragen. Ein zweiter Mitarbeiter war Professor Viber in Ludwigsburg. Wir drei arbeiteten das Wörterbuch eigentlich allein aus, indem Beiträge von einigen anderen, wie z. B. Professor Michaelis in Tübingen, einem gewissen Hafner etc. nicht gebraucht werden konnten. Die Idee zu diesem Wörterbuch war großartig, indem alle wissenschaftlichen und Kunstaussdrücke mit einer Definition derselben aufgenommen werden sollten. Ich hatte mir einen langen Ständer machen lassen, auf welchem außer wissenschaftlichen französischen und deutsche Wörterbücher aufgeschlagen lagen. Die Arbeit war sehr mühsam, weil ich immer alle diese Hilfsbücher im Auge haben mußte und der deutsche oder französische Ausdruck für den einen oder den anderen Gegenstand sehr schwer oder gar nicht zu finden war. Oft ging ich zu einem Schloffer, Wagner etc. und beschrieb ihm ein Werkzeug nach der französischen Definition, um ihn zu fragen, was dasselbe für einen Namen habe, wobei ich noch herauszufinden hatte, ob der Name desselben nicht ein bloßer Provinzialismus war. Ein großer Mißstand war, daß die Bearbeiter an verschiedenen Orten wohnten, indem der eine ein Wort auf das Gleichbedeutende verwies und der andere dieses gleichbedeutende Wort ebenfalls auf das erstere zurückwies, so daß die Übersetzung weder des einen, noch das andere zu finden war.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land

Calw, den 27. Juni 1929.

Reichsbahninspektor Haasis f.

Nach kurzer Krankheit ist in Bad Liebenzell der Vorstand der Bahnstation, Reichsbahninspektor Haasis, verstorben. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, der in treuer Pflichterfüllung den Inhalt seines Lebens sah. Mit Aufopferung verließ er während der Kriegsjahre und der für die Reichsbahn so schwierigen Nachkriegszeit seinen Dienst, der besonders auch während der durch die Besetzung Oberrheins erfolgten Zugsummlung auf die Nagoldbahn hohe Anforderungen an die Beamten stellte. Für die Hebung und Unterstützung des Fremdenverkehrs hatte er volles Verständnis und unterstützte alle dahingehenden Bestrebungen nach bester Möglichkeit. Bei der gestrigen Trauerfeier erwies ihm ein großer Teil der Einwohnerschaft die letzte Ehre und die Nachrufe des Vorstandes des Kriegervereins, der Vorgesetzten, Kollegen und Untergebenen, wie auch die Ansprache des Geistlichen zeugten von der Beliebtheit, die sich der Verstorbene während seiner elfjährigen hiesigen Tätigkeit durch seine allzeit freundliche und gefällige Wesen erworben hatte.

Das Ableben seines Kameraden Reichsbahninspektor Haasis führte den Krieger- und Militärverein Bad Liebenzell zu einem traurigen Gang zusammen. Da der Verstorbene nach Neckarsulm überführt wurde, sammelte sich die städtische Zahl von 35 Kameraden vor dem Rathaus, um mit umflorter Fahne dem toten Kameraden die letzte Ehre zu erweisen. Die Trauerfeier auf dem Bahnsteig gab Zeugnis von der allgemeinen Beliebtheit des Entschlafenen. Vorstand und Gemeinderat Erhardt legte im Namen des Krieger- und Militärvereins Bad Liebenzell mit ehrenden Worten einen Kranz am Sarge nieder, worauf sich die Fahne zum letzten Gruß senkte. Nach noch weiteren Kranzniederlegungen wurde der Sarg durch Eisenbahnbeamte in den bereitstehenden Wagen gebracht. Der Segen des Geistlichen beendete die Trauerfeier. Nach ihr marschierte der Verein wieder zum Rathaus zurück, um die Fahne an ihren Bewahrungsort zu verbringen.

Die Verschulungsgefahr.

Von der Handwerkskammer Neutlingen wird geschrieben: In Gemeinschaft mit allen dazu berufenen Stellen beobachtet die Handwerkskammer Neutlingen mit Besorgnis die fortschreitende Abwanderung von praktischen zu gelehrten Berufen und von der Volksschule zu höheren und Hochschulen. Die Verschulungsgefahr droht in einigen Jahren zu einer Katastrophe für alle Betroffenen zu werden. Schulfachmänner berechnen den Jahresbedarf an Schülern in höheren Lehranstalten in Deutschland auf jährlich etwa 150 000. Dagegen beträgt der gegenwärtige Besuch mindestens 750 000, so daß ein zunächst beschäftigungsloser Überschuss von 600 000 vorhanden ist. Zu dieser Entwicklung haben neben berufspolitischen Bestrebungen mancher Arbeitnehmergeuppen, insbesondere eine unverständliche Mißachtung der körperlichen Arbeit, eine sinnlose Überschätzung schulmäßiger geistiger Bildung sowie eine Überschätzung der Aufstiegsmöglichkeiten in höheren, insbesondere geistigen Berufen geführt. Es ist dringend notwendig, daß die Bevölkerung endlich die Augen öffnet gegenüber den unaussprechlichen Folgen dieser Entwicklung. Ein Berufs- und Bildungstolz wird herangezögelt, mit dem die Lebens- und

Berufsgestaltung nicht Schritt zu halten vermag. Bittere Enttäuschung der Eltern und der Schüler angesichts der nutzlos verbrachten Schulzeit sowie die Vermehrung der Arbeitslosen sind die unaussprechlichen Folgen. Auch in Unternehmerrreisen hat sich bedauerlicherweise, zumal bei der Aufnahme von Kaufmannslehrlingen, die Gewohnheit eingebürgert, den Absolventen höherer Schulen selbst vor guten Volks- und Mittelschülern nur ihrer Berechtigung wegen den Vorzug zu geben. Bildung schulmäßiger Art war noch niemals das eigentliche Charakteristikum eines guten Kaufmannes. Eine ganze, mutige Persönlichkeit, ausgerüstet mit praktischem und gesundem Blick für das Notwendige und das Mögliche, ausgestattet ferner mit guten Kenntnissen in Elementarfächern, in spezifisch kaufmännischen Lehrfächern und, was besonders betont sei, in Fremdsprachen, das sind in der Hauptsache neben einem zuverlässigen Charakter und einem gesunden Gefühl für Reinlichkeit und gute Sitte im Geschäftsverkehr die Anforderungen, die heute wie vor Zeiten an den deutschen Kaufmann zu stellen sind. Die Handwerkskammer richtet demgemäß an die Geschäftswelt, an Schulfachmänner, Arbeitnehmerverbände und nicht zuletzt an die Eltern die Bitte, sich frei zu machen von einer unangebrachten Voreingenommenheit gegenüber der Handarbeit und der praktischen Betätigung im merktätigen Leben. An die schulentlassene bzw. vor der Berufswahl stehende Jugend richtet die Handwerkskammer die Mahnung, Freude zu gewinnen an werktätiger Arbeit, an dem mit Recht von starkem Berufsstolz getragenen Handwerk, an der Facharbeit, an praktischer, technischer und wirtschaftlicher Betätigung, um auf diese Weise sich selbst und dem ganzen Volke in kommenden Jahren schweren wirtschaftlichen und technischen Ringens der Völker untereinander einen sehr wertvollen Dienst zu erweisen.

Frauen-Vortrag.

Am morgigen Freitag hält Frau Anita Kroll-Verlin im Weißchen Saale einen Lichtbildervortrag für Frauen und Mädchen über das Thema: „Hygiene der Ehe“. Der Rednerin geht der beste Ruf voraus. (Näheres im Anzeigenteil.)

Better für Freitag und Samstag.

Von Westen her rückt ein Hochdruck vor. Für Freitag und Samstag ist wieder mehrfach aufseiterndes, warmes und vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

*

Altensteig, 26. Juni. In einer Wirtschaft geriet ein hiesiger Bürger mit einem Arbeiter aus Garweiler beim Kartenspielen in Streit. Der Wirt streifte in eine Prügeln mit Fäusten und Bierflaschen aus, wobei u. a. auch die Fenster in Erklammer gingen. Nachdem der Wirt die Streitenden aus dem Lokal entfernt hatte, setzte sich die Schlägerei auf der Straße fort. Hierbei biß der Arbeiter einem hiesigen Geschäftsmann einen Finger durch. Der Letztere mußte heute zur Operation nach Tübingen.

Stuttgart, 26. Juni. Auf einer hier abgehaltenen Tagung der Industriellen des Bezirks Walingen-Hechingen wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß sich angesichts der unbefriedigenden Gesamtanlage die versammelten Gewerbetreibenden aus allen Parteilagern gezwungen sehen, der gegenwärtigen Reichsregierung, insbesondere dem Reichsfinanzminister und dem Reichsarbeitsminister, ihre tiefe Mißbilligung auszusprechen über die Gestaltung der deutschen Finanzen und Sozialpolitik im abgelaufenen Jahre.

Verlangt wird vor allem eine sofortige Reform der Arbeitslosenversicherung, die die Arbeitsmoral unterwühle. Von der württ. Regierung wird gefordert, dafür zu sorgen, daß bei aller notwendigen Förderung der Landwirtschaft die sehr stark bedrängten Kreise insbesondere des Kleinereis und mittleren Unternehmertums in ihrem schweren Daseinskampf mehr als bisher durch geeignete Regierungsmaßnahmen, insbesondere aber durch eine sparsame Verwaltung und eine zurückhaltende Steuerpolitik gestützt und gefördert werden.

Stuttgart, 26. Juni. Am Montag nachmittag um 4 Uhr ereignete sich auf dem hiesigen Marktplatz ein aufregender Vorfall. Der 25jährige, seit 2 Jahren mit der Frida Brunner verheiratete Josef Brunner, wohnhaft in Ludwigsbühl, lebte von seiner Frau schon 10 Monate getrennt. Die Trennung erfolgte von Seiten der Frau, weil ihr Mann nicht arbeiten wollte. Das Ehepaar besitzt ein einjähriges Kind. Zunächst hielt sich die Frau in Bräunlingen auf, wurde von ihrem Manne verfolgt und dabei gestochen, worauf der Mann ins Gefängnis kam. Sie ging nach Dürrenheim, wo sie längere Zeit in Stellung war. Wegen fortgesetzter Verfolgung seitens des Mannes wechselte die Frau wiederum ihre Stelle und kam nach Schweningen. Der Mann erfuhr ihren jetzigen Aufenthalt, kam auch hierher und wartete auf eine Gelegenheit, seine Frau zu stellen. Als die Frau über den Marktplatz ging, lief ihr der Mann nach. Sie schrie und sprang fort, kam aber dabei zu Fall. Der Unmensche zog ein Messer und verletzete seiner Frau vier Stiche, drei Stiche in den rechten Unterarm und einen Stich in den Hals. Die Verletzungen sind nicht lebensgefährlich, hätten aber leicht die Schlagader treffen können. Die Frau wurde ins Krankenhaus gebracht. Brunner wurde verhaftet.

Stuttgart, 26. Juni. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, hat Prof. Wilhelm Kempff, der Direktor unserer Hochschule für Musik in Stuttgart, um seine Entlassung aus dem Dienste der Hochschule nachgesucht. Prof. Kempff will sich, wie wir hören, bis auf weiteres als freier Künstler auf dem Gebiet der Komposition und des Klavierspiels betätigen und Stuttgart verlassen, sobald die Nachfolgerfrage geklärt sein wird.

Stuttgart, 26. Juni. Auf dem 35. Württ. Landesfischereitag erstattete der Landesfischereiverständliche und Geschäftsführer des Landesfischereivereins, Regierungsrat Dr. Smolian, den Jahresbericht für 1928. Der Hauptschaden, der der Fischerei durch den Dürre-Sommer 1928 erwachsen ist, dürfte in einem wesentlichen Rückgang der Produktivität der Gewässer zu suchen sein. Der Frostschaden in dem kalten Winter dürfte geringer anzuschlagen sein als der im Sommer erfolgte Dürre-Schaden. Katastrophal jedoch wirkte sich der strenge Winter in der Karpenteich-Wirtschaft aus. Die Eisprengungen haben dem Fischbestand schwer geschadet. Der Mitgliederbestand betrug Ende 1928 2552 Mitglieder.

Stuttgart, 26. Juni. Einige 5- bis 7jährige Buben spielten vor einigen Tagen mit Bündkapseln, ahnungslos, daß es solche waren; sie benutzten die Röhren als Pfeifen und bissen sogar mit den Zähnen darauf. Schließlich kloppte das 5jährige Eiböckchen Hermann des Wein-gärtners Christian Böhrig eines der Röhren mit einem Stein platt, die Bündkapsel explodierte und riß dem armen Buben die rechte Hand vollständig am Handgelenk ab, zerfetzte die linke Hand, und auch im Gesicht und in der Bauchgegend wurde der Kleine sehr schwer verletzt.

Amtl. Bekanntmachungen.

Stadtgemeinde Nagold

Nächsten Montag, den 1. Juli ds. Js., findet

Vieh-, Schweine- und Frucht-Markt statt, wozu freundlichst eingeladen wird.

Der **Frucht-Markt** am kommenden Samstag, den 29. Juni 1929 fällt aus.

Nagold, den 26. Juni 1929. Stadtschultheißenamt.

Stammheim.

Der Gemeinde Stammheim, der Einwohnererschaft, den Stiftern von Ehrengaben, sowie all denen, die zum guten Gelingen des

26. Gauliederfestes

und des Kinderfestes in selbstloser und uneigennütziger Weise beigetragen haben fühlen wir uns veranlaßt, namens des festgebenden Vereins „Viebereizung Stammheim e. V.“ auf diesem Weg unseren

herzlichen Dank

auszusprechen. Der Ausschuß.

Wollen Sie schnell u. gut bedient sein, dann bringen Sie Ihre

Schuhe z. Sohlen und Reparieren

an **Hermann Fischer** Schuhreparaturwerkstätte Badstr. 268

Eine ältere **Bettstelle** mit noch gut erhaltenem **Bettrost** sowie einen zweistöckigen **Karren** hat zu verkaufen.

Marie Munz, Witw. Calw, Leinacherstr.

W. Forstamt Liebenzell. Beigolz-Verkauf

(letzter.) Am **Mittwoch, den 3. Juli 1929** nachm. 2 Uhr in **Bad Liebenzell** im **Bäumenausstaatswald** des Forstmeisters u. Oberförstereiers: im **Kobbu.**: 8 Schtr. 5 Prgl., 13 Klogh., 27 Aussch.; **Etten:** 4 Aussch.; **Nadelh.**: 11 Nufschtr., 41 Schtr., 158 Pr. l. 173 Aussch. Schtr., 267 Prgl., 15 Wfo-Rug. und -No. Losverzeichnis durch die Forstdirektion G. f. N., Stuttgart.

Sodiertes Vollsalz

ärztl. sehr empfohlen bei

Würster am Markt.

Arbeiterin

(kräftige Frau oder Mädchen) f. Vormittagsarbeit gesucht. **Stärkesabrik Schweitzer, Liebenzell.**

Stühle

in größter Auswahl vom einfachen Stuhl bis zum feinsten Leder-Sessel, in bester Qualität billigst bei

Christian Buhl Stuhl-Fabriklager, beim Taagblattshaus Tel. 244.

Radfahrerverein

„Wanderlust“ Neuhengstett

hält am **Sonntag, den 30. Juni 1929** sein **zweijähriges**

Stiftungsfest

ab. **Fest-Programm:**

Samstag abend: Festbankett sowie Empfang der Rennfahrer im Saalbau „Röhl“. **Sonntag** 5 Uhr vormittag: Tagwache. 8 Uhr vorm.: Hauptfahren Strecke Neuhengstett-Calm-Unterreichenbach und zurück. 6.10 Uhr vorm.: Neulingsfahren Strecke Neuhengstett-Calm und zurück. Ab 11 Uhr: Empfang der Vereine. 1 Uhr: Abgang des Festzugs mit Blumenkorso. Ab 3 Uhr nachm.: Radportliche Aufführungen auf dem Festplatz. 6 Uhr: Preisverteilung.

Montag, den 1. Juli: Kinderfest.

In zahlreichem Besuch ladet höflich ein der Festausschuß.

Volksbelustigung am Platz.

Sie können sich ein besseres Bild machen, wenn Sie etwas erst ansehen wenn es fertig ist.

Ständiges Lager in **Sofas und Chaiselongues** in großer Auswahl und Preislagen hat **Henneparth, Tapeziermeister.** Vorhangsstühle, Bodenläufer, Tapeten.

Die schönsten Mäntel zu billigsten Preisen bei KRÜGER & WOLFF, Pforzheim

Freitag, den 28. Juni 1929

abends 7/9 Uhr, findet im **Saale der Brauerei Weiß, Bad-**

Frauen-Vortrag

mit vielen hochinteressanten, bunten Lichtbildern statt. **Nur für Frauen und Mädchen über 16 Jahre** Ref.: **Frau Anita Kroll, Berlin** Mitglied des Frauenvereins.

Thema: Hygiene der Ehe

Wodurch entstehen Unterleibsleiden? (Entzündungen, Fluß, Senkungen, Verwachsungen, Knickungen, fehlende oder zu starke schmerzhafte Blutungen.) Welche Ursachen haben Kreuz-, Leib-, Seiten- u. Rückenschmerzen? Die Krankheiten der Wechseljahre, Blutungen, Geschwülste, Krebs, Gemütsleiden. Welche Folgen haben Geschlechtsleiden für die Frau? Warum werden viele Frauen viel zu früh alt? Jede Frau muß den Vortrag hören, da nur eine gesunde Frau das Glück der Ehe sichert. Da die Vorträge in anderen Städten bisher stets überfüllt waren, ist frühzeitiges Erscheinen erwünscht.

Täglich **Gefrorenes** **Wilh. Sachs** Konditorei **Fernsprecher 230.**

Dachshund zugelaufen **Rübe, Farbe braunrot, Nase Bauch und Brust hellgelb. Abzuholen im Gasthof zum Lamm, Javelstein.**

Möbel **Eich. Speisezimmer** **Küchen Einrichtungen** sowie **Einzelmöbel** hat preiswert zu verkaufen **Karl Heugle** mechanische Schreinererei **Calw** Burgsteige Nr. 17.